

# Gibt es noch Hoffnung für überstaatliche Demokratie?

## Plädoyer für einen wehrhaften Internationalismus

---

ajv2016

2018-09-12T17:09:25

In seinem [Interview](#) auf diesem Blog vertritt Armin von Bogdandy die Position, dass sich die Rahmenbedingungen für überstaatliche Demokratie in den letzten Jahren verschärft hätten. Zwar zeigt er sich überzeugt, dass die überlieferten Prinzipien demokratischen Regierens im Grundsatz auch weiterhin für überstaatliche Ebenen maßgeblich und sinnvoll seien. Es müsse jedoch gelingen, die Entfremdung bestimmter Bevölkerungsteile von überstaatlichen Institutionen zu überwinden und den in vielen Ländern (wieder-)aufgestandenen autoritären Nationalismus institutionell einzufangen.

Im Folgenden entwickle ich einige Gedanken, ob und wie dies gelingen mag. Dazu ist zunächst eine genaue Analyse der beobachteten Bedrohung der überstaatlichen Demokratie durch Entfremdungsprozesse und autoritären Nationalismus erforderlich. Daraus folgere ich, soviel sei vorweggenommen, dass sich die überlieferten Prinzipien demokratischen Regierens nicht mehr linear auf überstaatliche Ebenen extrapolieren lassen. Vielmehr müssen die Mechanismen demokratischer Repräsentation neu überdacht werden.

Bereits auf staatlicher Ebene funktionieren die Mechanismen demokratischer Repräsentation nur noch eingeschränkt. Die Volksparteien befinden sich in freiem Fall, allen voran die Sozialdemokratie. Das seit Ende des 19. Jahrhunderts vertraute Parteienspektrum existiert bald nicht mehr. Lediglich in den USA mit ihrem strukturell bedingten Zweiparteiensystem gelingt die Regierungsbildung noch ohne eine ideologisch widersprüchliche, ständig vom Untergang bedrohte Koalition; allerdings zeigen dort beide große Parteien starke zentrifugale Tendenzen.

Auf der Suche nach den Ursachen hilft ein Blick auf die Soziologie, genauer gesagt auf zwei vielbesprochene Werke aus den letzten zwei Jahren, beide von Meistern ihres Fachs verfasst. [Andreas Reckwitz](#) beschreibt in der „[Gesellschaft der Singularitäten](#)“ den Wandel der Industriegesellschaft in der Nachkriegszeit. Industrielle Massenproduktion habe den Lebensstandard ansteigen lassen, ermöglicht durch normierte Ausbildung und Arbeitsabläufe. Diese Produktionsweise sei durch eine „Logik des Allgemeinen“ normativ überformt worden. Es habe also als erstrebenswert gegolten, sich an einheitlichen Lebensentwürfen zu orientieren, nicht aus dem Rahmen zu fallen. Genau dies ändere sich nun in der Spätmoderne. Der höhere Lebensstandard erwecke den Wunsch nach Selbstverwirklichung,

damit nach Abgrenzung von der „Logik des Allgemeinen“. Zugleich verlagere sich der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung von der Produktion von Standardgütern (z.B. Mensaeessen) auf Güter der creative economy, die sich von der Masse abheben (z.B. Sternekoch). Beide Prozesse bedingten sich gegenseitig. Globalisierung und Digitalisierung stiftete ihnen eine ungeheure Dynamik, weil nun jeder von uns seine eigenen Online-Profilen erstellen oder individualisierte Waren ordern könne. Ein Effekt dieser gesellschaftlichen Singularisierung sei nun die Erosion von Gruppenidentitäten. Wer sich partout von der Masse abheben möchte, tue sich schwer, sich als Teil einer solchen Masse zu begreifen. Zugleich produziere die Singularisierung Ungleichheiten: An den Schalthebeln der globalen Kulturindustrie säßen nur einige wenige Mark Zuckerbergs und Emma Watsons – und die seien für die Produktion ihrer Kulturgüter auf immer weniger Menschen angewiesen. Das Ergebnis sei eine grassierende gesellschaftliche Entsolidarisierung.

Eine ähnliche Stoßrichtung verfolgt [Oliver Nachtwey](#) in seiner „[Abstiegsgesellschaft](#)“. Im Vergleich zu Reckwitz argumentiert er stärker ökonomisch und weniger kulturalistisch. Er führt die derzeitige Misere auf eine Paradoxie des Kapitalismus zurück, nämlich den Kapitalismus fast ohne Wachstum. Die Krisen der 1970er seien bereits erste Zeichen eines Postwachstumskapitalismus gewesen, in dem die Profitrate der Unternehmen beständig sinke. Die Gründe dafür seien komplex; neben Marktsättigung gehöre dazu vor allem der Siegeszug des Finanzkapitalismus, dessen Fokus auf kurzfristige Renditen zu einem Rückgang langfristiger Investitionen geführt habe. Zwar hätte das Wachstum der Finanzbranche diese Effekte längere Zeit überlagert. Erst nach der Finanzkrise seien sie wieder sichtbar geworden. Die Digitalisierung erzeuge allein keine ausreichenden Wachstumsimpulse, um den allgemeinen Rückgang der Profitrate auszugleichen. Ohne Wachstum stiegen aber gesellschaftliche Spannungen, da soziale Ungleichheit in der Vergangenheit v.a. durch Verteilung des neuen Wachstums gelindert worden sei, nicht durch Umverteilung der vorhandenen Vermögenswerte. Natürlich habe die wirtschaftliche und gesellschaftliche Liberalisierung auch individuelle Handlungschancen eröffnet. Doch dies verschärfe eher die Konkurrenz, denn nun bekomme der einzelne vermittelt, auf einer nach unten fahrenden Rolltreppe nach oben rennen zu müssen. Auch Nachtwey sieht deshalb Entsolidarisierungsprozesse am Werk.

Nun haben sich derartige soziologische Großtheorien in der Vergangenheit oft nur zum Teil bewahrheitet. Man denke etwa an die zahlreichen Schwanengesänge auf die Klassengesellschaft. Seitdem im Zuge der Krise die Sensibilität dafür gestiegen ist, wie hartnäckig sich materielle Ungleichheit in der Gesellschaft reproduziert, gewinnt der Klassenbegriff wieder an Boden. Jedoch stoßen hier zwei Autoren mit ganz unterschiedlichen methodischen Ansätzen in das gleiche Horn und bestätigen dabei auch noch den von führenden Ökonomen, darunter [Thomas Piketty](#) und [Joseph Stiglitz](#), beobachteten Anstieg gesellschaftlicher Ungleichheit. Man kann diese Theorien also nicht mit leichter Hand beiseite wischen.

Hat die repräsentative Demokratie unter diesen Voraussetzungen noch eine Chance? Das hergebrachte Modell der Volksparteien wohl kaum. Sie bilden die relevanten gesellschaftlichen Konfliktlinien nicht mehr ab. Auf die Angst vor kultureller oder wirtschaftlicher Marginalisierung haben die Volksparteien mit ihrem Modell von Wachstum und Vollbeschäftigung immer weniger eine plausible Antwort. Es ist auch fraglich, ob die daraus entstehende Krise der Repräsentation sich durch einfache Verschiebungen in der Parteienlandschaft beheben ließe, also etwa durch institutionelle Einbindung der in der gesamten westlichen Welt und z.T. auch darüber hinaus neu entstandenen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien. Denn die Zugehörigkeit zu jedweder Partei setzt, soll sie die repräsentative Demokratie erfolgreich stärken, ein gewisses Maß an Solidarität und Gruppenzugehörigkeit voraus. Dem stehen die Entsolidarisierungsprozesse im Wege, welche den neuen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien die Anhänger zutreiben – und manchmal auch neuen zentristischen Parteien wie Macrons „En Marche“. Sie werden denn auch mehr von Wut oder Personenkult als von weithin geteilten Gemeinschaftsinteressen zusammengehalten; ihre Identität ist im Wesentlichen negativ bestimmt durch die Abgrenzung gegenüber dem alten System oder allen als fremd eingeordneten Menschen. Trotz gegenteiliger Bekenntnisse ist das hergebrachte Modell demokratischer Repräsentation für diese Parteien nicht attraktiv, da es auf Diskurs statt auf Emotion setzt. Mithin arbeiten sie oft an seiner Zerstörung, sobald sie irgendwo an die Macht gelangen.

Damit ist es um die repräsentative Demokratie insgesamt recht schlecht bestellt. Das trifft in verschärftem Maße auf überstaatliche Institutionen zu, die meist fernab von staatlicher Politik operieren und sich ohnehin nur eingeschränkt auf überstaatliche Parteien verlassen können. Selbst die Fraktionen des europäischen Parlaments bilden im Vergleich zu mitgliedstaatlichen Parteien allenfalls lose Verbände. Die Schwäche des Repräsentationsprinzips öffnet auf überstaatlicher Ebene Raum für das Souveränitätsprinzip: statt one person one vote also one state one vote. Die Dominanz des Souveränitätsprinzips hat mit Demokratie nicht viel zu tun; außerdem eröffnet es einen Resonanzraum für den autoritären Nationalismus. Das kann langfristig verheerende Auswirkungen haben.

Wie lässt sich Repräsentativität (wieder) herstellen? Oder ein demokratisches Gegengewicht zum Souveränitätsprinzip bilden? Langfristig nur durch die Herstellung größerer Gleichheit und Bekämpfung der ursächlichen Entsolidarisierung. Kurz- und mittelfristig bieten sich überstaatlichen Institutionen mehrere Strategien an:

- Erstens sollten überstaatliche Institutionen mit der Einbindung der Zivilgesellschaft endlich ernst machen. Zwar sind zivilgesellschaftliche Verbände nicht repräsentativ und vertreten oft genug Sonderinteressen. Entscheidungsbefugnisse sollte man ihnen daher nicht übertragen. Sie brechen aber die intergouvernementale Struktur auf und bilden damit ein wichtiges Korrektiv des Intergouvernementalismus. Auch bieten sie für marginalisierte

Interessen eine Chance. Man könnte ihrer Einbindung Gewicht verleihen, indem man beispielsweise überstaatlichen Institutionen zivilgesellschaftliche Gremien anfügt, die Entscheidungen vielleicht nicht verhindern, aber verzögern können, oder Themen auf die Agenda setzen können. Um eine halbwegs ausgewogene Vielfalt zivilgesellschaftlicher Stimmen einzufangen, empfiehlt sich für überstaatliche Institutionen deren aktive Förderung.

- Einen Schritt weiter ginge die direkte, wenngleich unverbindliche Befragung der Bevölkerung. Durch das Internet gibt es hierfür neue, längst bekannte Teilnahmeformen. Die Abstimmung über die Abschaffung der Zeitumstellung in der EU ist ein erstes Beispiel. Natürlich sind auch solche Prozesse nicht davor gefeit, zum Vehikel gut organisierter Interessen zu werden – sofern überstaatliche Institutionen nicht aktiv gegensteuern, z.B. durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. Auch sind die Menschenrechte, insbesondere die Rechte von Minderheiten, vor direktdemokratischen Übergriffen zu schützen.
- Drittens lohnt sich ein neuer Blick auf die vielgescholtene Technokratie. Zwar beruhen viele überstaatliche Institutionen auf einem funktionalistischen Gründungsmythos, auch die EU: Eine technokratische Rationalität kann fundamentale politische Differenzen allenfalls überdecken, nicht überwinden. Nachdem dieser Mythos ausgiebig entlarvt wurde, lässt sich aber im Zeitalter von Fake News vielleicht der Wert einer an den Kriterien von Richtigkeit, Wahrheit und Wahrhaftigkeit orientierten Entscheidungsfindung wiederentdecken. Nach diesen Kriterien gewonnene Informationen sind als Grundlage einer letztlich immer politisch bleibenden Entscheidung unabdingbar. Vielleicht stellen wirklich unabhängige, pluralistisch besetzte überstaatliche Sekretariate eine Möglichkeit für öffentliche Institutionen dar, um Vertrauen bei radikalisierten Bevölkerungssegmenten zurückzugewinnen und eine Re-Rationalisierung des Diskurses einzuleiten?
- Viertens kommt staatlichen Höchstgerichten und überstaatlichen Gerichten eine entscheidende Rolle dabei zu, die Zerstörung demokratischer Verfahren und Institutionen, ob auf staatlicher oder überstaatlicher Ebene, bereits im Keim zu ersticken und nicht zu scheuen, Ross und Reiter zu benennen. Die Strategie des „appeasement“ ist bisher noch immer gescheitert. Sie ist auch nicht vereinbar mit dem Geist der Mehrheit der überstaatlichen Institutionen, welche nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind, um Frieden und Wohlstand zu sichern. Ihre Statuten sind daher im Sinne eines „wehrhaften Internationalismus“ zu verstehen, der illegitime Versuche ihrer Torpedierung nicht zulässt.

Keine dieser Strategien ist perfekt; keine von ihnen entspringt dem Lehrbuch der repräsentativen Demokratie. Und dennoch könnte die Kombination dieser Mechanismen ein Gegengewicht zum reinen Intergouvernementalismus darstellen. Ließe man Letzterem freie Bahn, würden internationale Institutionen leicht zum Spielball des autoritären Nationalismus. Natürlich bieten die Strategien keinen perfekten Schutz gegen Letzteren. Perfekte Alternativen sind jedoch rar; auch

erscheint diese Klage zunehmend wohlfeil, denn es geht langsam eigentlich nur noch darum, weitaus schlimmere Katastrophen zu verhindern.

*[Matthias Goldmann](#) ist Juniorprofessor für Internationales Öffentliches Recht und Finanzrecht an der Goethe-Universität Frankfurt und Senior Research Affiliate am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg.*

Cite as: Matthias Goldmann, "Gibt es noch Hoffnung für überstaatliche Demokratie? Plädoyer für einen wehrhaften Internationalismus", *Völkerrechtsblog*, 12. September 2018, doi: 12345678.

---

